

Schwere Vorwürfe gegen neue Polizeitruppe im Südsudan

Kratzer an einem vom Ausland prioritär geförderten Projekt

In der südsudanesischen Polizeiakademie Rajaf soll es zu Miss-handlungen von Rekrutinnen gekommen sein. Der Aufbau der von den Anschuldigungen betroffenen Polizeitruppe geniesst unter Gebern hohe Priorität.

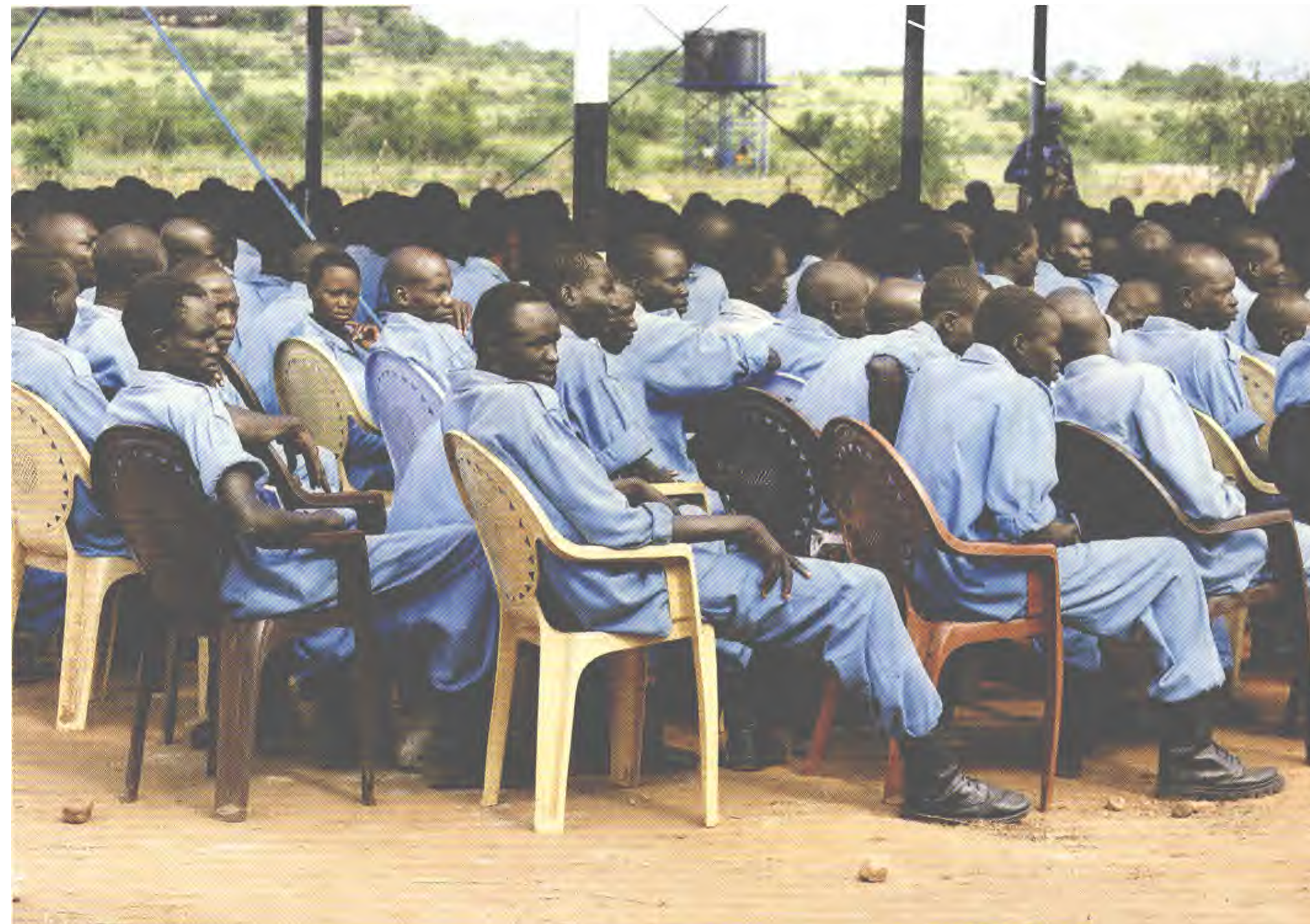
Markus M. Heftiger, Juba

Rekrutinnen des Southern Sudan Police Service (SSPS), einer neuen professionellen Polizei des südsudanesischen Teilstaats, haben schwere Vorwürfe gegen ihre Instruktoressen und Vorgesetzten in der Polizeiakademie Rajaf bei Juba erhoben. Eine junge Polizeiaspirantin nannte gegenüber der NZZ Fälle von sexueller Misshandlung und willkürlichem Freiheitsentzug. Angehörige ethnischer Minderheiten würden schikaniert, und den Rekruten zustehende Taschengelder würden diesen vorenthalten. Ausserdem soll es zu Unregelmässigkeiten bei der Rekrutierung der Truppe kommen. Das südsudanesische Innenministerium hat eine Untersuchung angeordnet.

Referendum als Ernstfall

Der erste Jahrgang der vorerst 6000 Männer und Frauen umfassenden Polizeitruppe soll am Donnerstag in Rajaf die Ausbildung abschliessen. Das Entwicklungsprogramm der Uno (UNDP) und westliche Geberländer, darunter Deutschland, unterstützen den Bau der Polizeiakademie sowie die Ausbildung und Ausrüstung des SSPS grosszügig. Der professionelle Dienst soll nach und nach die bisherigen Polizeieinheiten ablösen, die aus ehemaligen Guerillakämpfern der Sudan Peoples' Liberation Army rekrutiert wurden. Diese gelten vielerorts als gewaltbereit, parteiisch und allgemein schlecht mit Polizeimethoden vertraut.

Die Regierung in Juba wie auch Diplomaten messen der neuen Polizeitruppe, die nur Bewerber mit Sekundarschulabschluss und ohne Kampferfahrung aufnimmt, eine prioritäre Rolle beim Aufbau des südsudanesischen Staatswesens bei. Nächsten Monat sollen die frischgebackenen Polizisten über das ganze Land verteilt werden, um unter anderem die Sicherheit vor Abstimmungslokalen zu gewährleisten. Der Südsudan soll am 9. Januar darüber abstimmen, ob er als autonomer Teilstaat die Union mit dem arabisch geprägten übrigen Sudan im Norden weiterführt oder die vollständige Unab-



Südsudanesische Polizeirekruten beim Unterricht in Rajaf bei Juba.

LOUIS CHARBONNEAU / REUTERS

hängigkeit erlangt. Das Referendum ist eine Folge der vor sechs Jahren abgeschlossenen Friedensabkommen für den Südsudan. Es wird mit einer deutlichen Stimmenmehrheit für die Sezession gerechnet.

Augenschein in Rajaf

Die Polizeiakademie Rajaf liegt 20 Kilometer südlich von Juba auf einem offenen Feld am Ufer des Weissen Nils. Bei einem vor kurzem erfolgten Besuch hinterliess die Institution, am Anspruch und an den Plänen gemessen, sehr den Eindruck eines Provisoriums. Die Rekruten werden in Armeezelten untergebracht, die Ausbildungsräume sind nach aussen hin offen, nur ein Dach schützt vor Sonne und Regen.

Während ugandische Instruktoressen mehrere Gruppen von angehenden Kriminalpolizisten in der Kunst der Spurensicherung unterrichten, üben auf einem Platz aus Schotter Hunderte von Aspiranten das Défilé. Sie sind in türkisfarbene Overalls gekleidet und halten mit ausgestrecktem Arm Holzattrappen von Schnellfeuerwaffen in der Hand. Die richtigen Waffen wurden

erst im November geliefert; keiner der Rekruten wird vor der Graduierung im Schiessstand mehr als ein paar Runden scharfe Munition verschossen haben.

Die Anlaufschwierigkeiten spiegeln die Verhältnisse in anderen Institutionen des Südsudans, die alle praktisch aus dem Nichts gebildet werden. Nach anfänglichen Akzeptanzschwierigkeiten sei der politische Wille des regierenden Sudan Peoples' Liberation Movement, eine professionelle Polizeitruppe auf die Beine zu stellen, «hundertpro-

zentig vorhanden», sagt Walter Boogaard, der Programmverantwortliche des UNDP.

Nach den Plänen sollen in Rajaf nächstes Jahr nochmals 6000 Polizeirekruten den sechsmonatigen Ausbildungsgang durchlaufen, später sollen es 3000 pro Jahr sein. Laut den Verantwortlichen wird bei der Rekrutierung darauf geachtet, dass Angehörige aller Ethnien berücksichtigt werden. Um ihre Unparteilichkeit zu gewährleisten, sollen die ausgebildeten Polizisten zudem grundsätzlich ausserhalb ihrer engeren Heimat eingesetzt werden. Im vorletzten Jahr waren im Südsudan bei interethnischen Konflikten mehr als 2000 Personen ums Leben gekommen. Das Jahr 2010 verlief diesbezüglich trotz den Wahlen im April bisher verhältnismässig friedvoll.

Frauen gefügig gemacht

Auf dem Gelände in Rajaf wird zurzeit an allen Ecken gebaut. In einem halben Jahr sollen die modernen Schlaf- und Aufenthaltsräume fertiggestellt sein, ferner Küchen, Klassenräume, Installationen und Labors für die praktische

Ausbildung, ein moderner Schiessstand, ein Sportzentrum sowie Wohnhäuser für die Instruktoressen und Konferenzräume. Von den anfallenden Gesamtkosten wollen die Geber 11,5 Millionen Dollar übernehmen. Deutschland hat bisher 300 000 Euro für den Bau einer Klinik zugesagt. Die Schweiz beteiligt sich nicht am Vorhaben.

Niemand rechnete beim Besuch einer kleinen Gruppe von Journalisten in Rajaf mit den genannten Vorwürfen der Rekrutin Jane. Die 24-Jährige berichtet zunächst, sie habe Glück gehabt, dass ihre Bewerbung angenommen worden sei, obwohl ihre Eltern im Ausland lebten. Normalerweise würden bei der Rekrutierung Bestechungsgelder verlangt und Frauen «ausgenützt». Die Frage, ob dies auch seither geschehen sei, bejaht Jane. Ein Instruktor in Rajaf habe verlangt, dass sie sich ausziehe und dass sie bei ihm wohne. Als sie sich geweigert habe, sei sie drei Tage lang eingesperrt worden.

Auwo, eine andere Rekrutin, verstimmt, als sie zu allfälligen ähnlichen Vorfällen befragt wird. Sie verweist mit Furcht in den Augen auf die in einiger Distanz stehenden Kollegen und Offiziere. Sie bestätigt jedoch Schikanen bei der Rekrutierung und während der Ausbildung. Den weiblichen Rekruten werde kein Taschengeld ausbezahlt, so dass sie Hygieneartikel nur dank der Hilfe von Familienangehörigen bekämen, sagt Auwo.

Untersuchung eingeleitet

Seit Bekanntwerden der Vorwürfe hat das UNDP Gespräche mit dem südsudanesischen Innenministerium aufgenommen. Es müsse sichergestellt werden, dass in Rajaf eine unabhängige Beschwerdestelle eingerichtet werde, die Rekrutinnen und Rekruten notfalls Schutz gewähren könne, erklärte George Conway vom UNDP auf schriftliche Anfrage hin.

Auch der südsudanesische Innenminister, Gier Chuang Aluong, versprach, die Missstände zu untersuchen und die Schuldigen zu disziplinieren. In einem Telefoninterview mit der NZZ sagte er, dass solche Vorfälle dem Sinn und der Aufgabe der neuen Polizeitruppe widersprächen. Es sei bedauerlich, dass eine vor kurzem gegründete polizeiinterne Einheit zur Ahndung von Missständen nicht in Rajaf vertreten sei. Der Mangel werde in zukünftigen Ausbildungskursen korrigiert, versprach Gier Chuang. Ausserdem würden in Rajaf ab sofort auch weibliche Offiziere und Instruktoressen eingesetzt.

